Täglicher Anzeiger

HOLZMINDEN SEIT 1777

Nr. 244 / 1,50 € | Dienstag, 19. Oktober 2021 | www.tah.de

Grohnde-Rückbau beginnt

GROHNDE. Mehrere Jahre wird der Rückbau des Kernkraftwerks Grohnde dauern. In Kürze geht es los. » SEITE 16

Gebäude leuchten in Orange

HOLZMINDEN/HÖXTER. Anlässlich des Tages des Gewalt gegenüber Frauen und Kinder werden Gebäude orange-farben beleuchtet. » SEITE: 11

„Wir brauchen eine IGS im Kreis Holzminden“

KREIS HOLZMINDEN. Der Holzmindener Kreistag hat es beschlossen, jetzt müssen die Eltern zustimmen: Nach den Sommerferien 2022 soll in Stadtoldendorf eine Integrierte Gesamtschule an der Start gehen. 2.377 Eltern, die Kinder in der Klasse 1-4 haben, sind deshalb angeschrieben worden. Sieben Informationsveranstaltungen hat es zu dem Thema gegeben. Die Resonanz allerdings war sehr verhalten. Landrat Michael Schünemann (rechts) und Kreisbaurat Ralf Buberti rühren deshalb jetzt noch einmal die Werbetrommel. Bis zum 31. Oktober haben die Eltern die Möglichkeit, online einen Fragebogen auszufüllen und sich damit für oder gegen die neue Schulform auszusprechen. In der Dezemberwoche wird die IGS dann wieder Thema im Kreistag.

FOTO: BS » SEITE 11

WETTER

HEUTE	MORGEN
16° | 14°	20° | 12°

POLITIK

FDP will auch über Koalition verhandeln

BERLIN. Die FDP hat den Weg für Koalitionsverhandlungen mit der SPD und den Grünen frei gemacht. Einen entsprechenden Beschluss fassten am Montag der Bundesvorstand und die neu gewählte Bundestagsfraktion einstimmig. „Wir begeben uns nun auf den Weg, Verantwortung für Deutschland mit zu übernehmen“, sagte FDP-Chef Christian Lindner. Die beiden anderen Parteien hatten den Koalitionsverhandlungen bereits zugestimmt.

PANORAMA

Mädchen in Händen von Sekte?

HOLZHEIM. Nach dem Verschwinden eines elfjährigen Mädchens in Schwaben gibt es Hinweise, dass das Kind im Umfeld der umstrittenen Sekte „Zwölf Stämme“ ist. Es sei bei dem Pflegevater der Schülerin eine E-Mail eingegangen, die mutmaßlich der Sekte zuzuordnen sei, teilte das Polizeipräsidium Augsburg am Montag mit. Berichten zufolge soll sich das Kind wieder bei seinen leiblichen Eltern aufhalten.

SO ERREICHEN SIE UNS

Redaktion:	05531/9304-31 redaktion@tah.de
Anzeigen:	05531/9304-40 anzeigen@tah.de
Aboservice:	05531/9304-38 vertrieb@tah.de
Zentrale:	05531/9304-0 info@tah. de
Anschrift:	37603 Holzminden Zeppelinstraße 10

4 192387 901509 20042

Preisschock bei Diesel und Benzin: Land will höhere Pendlerpauschale

Althusmann: Bundespolitik muss für Entlastung sorgen – Wird CO_2-Steuer nicht erhöht?

VON MARCO SENG UND THERESA MÜNCH

HANNOVER. Seit Monaten steigen die Kosten an den Zapfsäulen der Tankstellen, jetzt werden Preisrekorde geknackt. Diesel ist in Deutschland inzwischen so teuer wie noch nie. Im bundesweiten Tagesschnitt des Sonntags lag der Preis bei 1,555 Euro pro Liter, wie der ADAC am Montag mitteilte. Auch für Superbenzin war der Höchststand nicht weit entfernt. Der Automobilclub mahnt deshalb eine Entlastung für Pendler an. Aus Niedersachsen gibt es Forderungen nach einer höheren Pendlerpauschale.

„CO_2-Abgabe und Rohölnachfrage treiben den Spritpreis derzeit in die Höhe und belasten Privathaushalte und Unternehmen“, sagte Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU). Mobilität dürfe aber kein Luxus werden – gerade auf dem Land gebe es zum Pkw mit Verbrennungsmotor bislang kaum Alternativen. „Bei weiterhin rasant steigenden Spritpreisen muss die Bundespolitik handeln und an anderer Stelle für Entlastung sorgen, etwa durch eine höhere Pendlerpauschale“, betonte Althusmann.

> **Die Pendler werden am meisten belastet.**
>
> **Christine Rettig,** ADAC Niedersachsen

Ähnlich äußerte sich Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) in der „Welt“. Bereits mit Einführung des CO_2-Preises sei die Pendlerpauschale erhöht worden. „Bleibt der Treibstoff auf einem so hohen Preisniveau, wird es ähnliche Lösungen geben müssen“, sagte er.

Es sei „schwer erträglich“, dass Mobilität für viele nicht mehr bezahlbar sei, sagte die Sprecherin des ADAC Niedersachsen, Christine Rettig. „Die Pendler werden am meisten belastet.“ Die Politik müsse das jetzt regulieren. ADAC-Verkehrspräsident Gerhard Hillebrand warnte davor, die Bevölkerung zu überfordern. „Ich hoffe – und gehe angesichts der aktuellen Spritpreissteigerung davon aus –, dass ein noch schneller ansteigender CO_2-Preis vom Tisch ist“, sagte Hillebrand.

Das fordert auch das Gütergewerbe. „Man müsste überlegen, ob man die Erhöhung der CO_2-Steuer zum 1. Januar aussetzt“, sagte Christian Richter, Landesgeschäftsführer der Fachvereinigung Güterkraftverkehr des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen. Der Dieselpreis sei von September 2020 bis September 2021 um rund 37 Prozent gestiegen, die Gesamtkosten für das Gewerbe stiegen damit um rund 9 Prozent. „Es besteht dringender Handlungsbedarf.“ Richter verwies auf den Preisvorteil für osteuropäische Konkurrenten beim Kraftstoff.

Der Dieselpreis hatte am Sonntag den bisherigen Rekord vom 26. August 2012 minimal übertroffen. Auch Benzin nähert sich mittlerweile dem Höchststand: Super der Sorte E 10 lag am Sonntag bei 1,667 Euro pro Liter. Damit fehlen nur noch 4,2 Cent zum Rekord vom 13. September 2012.

Preistreiber ist vor allem der Ölpreis. Er zieht mit dem Wiedererstarken der globalen Konjunktur nach dem Corona-Schock an und hat sich binnen Jahresfrist in etwa verdoppelt. Beim Diesel wird der Anstieg zudem durch die herbsttypische hohe Nachfrage nach Heizöl verstärkt.

Colin Powell an Corona gestorben

WASHINGTON. Der frühere US-Außenminister Colin Powell ist infolge von Komplikationen nach einer Corona-Infektion gestorben. Powell, ein pensionierter General und einstiger Chef des Generalstabs der US-Streitkräfte, starb am Montag im Alter von 84 Jahren, wie seine Familie in einem Facebook-Post bekannt gab. Er sei vollständig gegen das Coronavirus geimpft gewesen, hieß es.

Colin Powell FOTO: DPA

„Wir haben einen herausragenden und liebevollen Ehemann, Vater, Großvater und einen großen Amerikaner verloren“, erklärte die Familie. Powell, Sohn jamaikanischer Einwanderer, wurde unter George W. Bush der erste schwarze Außenminister der USA. Seine Amtszeit war geprägt von den Ereignissen nach den Anschlägen vom 11. September 2001.

Polen rügt deutsches System der Richterwahl

Justizminister in Warschau wirft Berlin „Politisierung“ vor und schaltet höchstes EU-Gericht ein

VON DORIS HEIMANN

WARSCHAU. Polen fordert eine Überprüfung des deutschen Systems zur Nominierung von Richtern am Bundesgerichtshof durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH).

Einen entsprechenden Antrag werde er im Kabinett stellen, sagte Justizminister Zbigniew Ziobro am Montag in Warschau. Gegen Deutschland solle ein Verfahren angestrengt werden, weil die Politisierung der Richternominierung gegen EU-Verträge verstoße. Ziobro sagte, wenn der EuGH versichere, dass die Beteiligung von Politikern an der Auswahlprozedur für Richter in Polen die Unabhängigkeit dieser Richter infrage stelle, dann stelle Polen die Frage, welchen Einfluss so eine Beteiligung auf die Unabhängigkeit künftiger Richter am Bundesgerichtshof habe.

Polens nationalkonservative PiS-Regierung baut das Justizwesen seit Jahren um. Kritiker werfen ihr vor, Richter unter Druck zu setzen. Die EU-Kommission hat wegen der Reformen Vertragsverletzungsverfahren gegen Warschau eröffnet und Klagen beim EuGH eingereicht.

Im Juli hatte der EuGH geurteilt, die 2018 eingerichtete Disziplinarkammer an Polens Oberstem Gericht biete nicht alle Garantien für Unabhängigkeit und Unparteilichkeit. Ausgewählt werden die Mitglieder der Disziplinarkammer vom Landesjustizrat. Der EuGH kritisierte, der Landesjustizrat sei ein Organ, das „von der polnischen Exekutive und Legislative wesentlich umgebildet wurde“, an seiner Unabhängigkeit gebe es Zweifel.

Ziobro argumentierte nun, in Deutschland würden Richter für Bundesgerichte vom Richterwahlausschuss gewählt, der nur aus Politikern bestehe. Dem Gremium gehören die 16 Justizminister der Länder sowie 16 weitere Mitglieder an, die vom Bundestag bestimmt werden. Damit sei der Ausschuss stärker politisiert als Polens Landesjustizrat, sagte Ziobro. Diesem gehören 17 Richter, sechs Parlamentsabgeordnete sowie zwei von der Regierung entsandte Mitglieder an.

Sucht den Konflikt: Zbigniew Ziobro, Justizminister von Polen. FOTO: MATEUSZ MAREK/DPA